



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

19. Juni 1989

1121

Beteiligung der Schweiz am EG-Programmplan für die Stimulierung der internationalen Zusammenarbeit und des für die europäischen Forscher notwendigen Austausches (SCIENCE)

Aufgrund des Antrags des EDI und des EVD vom 6. Juni 1989

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Vom Bericht des Integrationsbüros EDA/EVD und des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft vom 22. Mai 1989 über die Beteiligung der Schweiz am EG-Programmplan für die Stimulierung der internationalen Zusammenarbeit und des für die europäischen Forscher notwendigen Austausches (SCIENCE) wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Die Schweiz beteiligt sich am Forschungsförderungsprogramm "Programmplan zur Stimulierung der internationalen Zusammenarbeit und des erforderlichen Austausches für europäische Forscher (SCIENCE)" der EG.
3. Das entsprechende Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EWG wird genehmigt. Der Chef der schweizerischen Mission bei der EG in Brüssel, oder in seiner Abwesenheit sein Stellvertreter, wird ermächtigt, das Abkommen zu unterzeichnen und der EG den Vollzug der erforderlichen Verfahren für das Inkrafttreten des Abkommens zu notifizieren.
4. Die Bundeskanzlei stellt die notwendige Vollmacht aus.
5. Die in Art. 2 des Zusammenarbeitsabkommens festgelegten finanziellen Beiträge werden der Rubrik 320.493.06 belastet.
6. Das Abkommen wird in der eidgenössischen Gesetzessammlung publiziert.

Protokollauszug an:

 ohne /  mit Beilage

z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	8	-
	X	EDI	11	-
	X	EJPD	5	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
	X	EVD	9	-
		EVED		
	X	BK	6	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer:



Bern, den 6. Juni 1989

An den Bundesrat

Beteiligung der Schweiz am EG-Programm SCIENCE für die Stimulierung der internationalen Zusammenarbeit und des für die europäischen Forscher notwendigen Austausches

Wir unterbreiten Ihnen hiermit den Antrag, der Beteiligung der Schweiz am Forschungsförderungsprogramm der EG "Programmplan zur Stimulierung der internationalen Zusammenarbeit und des erforderlichen Austausches der europäischen Forscher (SCIENCE)" zuzustimmen und den Entwurf des entsprechenden Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EWG zu genehmigen.

1. Der Stimulierungsplan der EG (SCIENCE)

Das EG-Programm SCIENCE ist ein Förderungsprogramm für grenzüberschreitende Forschungsprojekte aus den Gebieten der Natur-, Bio- und Ingenieurwissenschaften sowie der wissenschaftlichen Geräte (siehe auch beiliegenden Bericht). Unterstützungsbeiträge werden von der EG-Kommission (EGK) auf Gesuch hin gewährt, sofern das Projekt nicht in den Rahmen eines andern spezifischen EG-Programms fällt und sofern das beratende Gremium CODEST mit 24 Wissenschaftlern aus allen EG-Staaten die Qualität, gestützt auf Expertengutachten, als hoch bewertet. Ausser grenzüberschreitenden Projekten werden auch die Mobilität der Forscher und die Zusammenarbeit zwischen Laboratorien unterstützt.

Nach einem ersten Stimulierungsplan läuft der gegenwärtige zweite Plan von 1988 bis 1992. Für diese fünf Jahre ist er mit 167 Mio. ECU dotiert (1 ECU = ca. Fr. 1.73). Länder, die mit der EG ein Rahmenabkommen für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit abgeschlossen haben, können am Programm SCIENCE integral teilnehmen. Ausser der Schweiz beabsichtigt Norwegen, sich ab 1. Juli 1989 zu beteiligen. Die meisten der übrigen EFTA-Staaten führen Gespräche über ein Abkommen.

## 2. Ziele und Interesse einer Beteiligung der Schweiz

Mit den zunehmenden Aktivitäten der EG im Bereich der Forschung und Technologie, auch in Richtung der Grundlagenforschung, muss die Schweiz als Nicht-EG-Staat den Gefahren einer Marginalisierung, Isolierung und Beschränkung auf eine Zulieferantenrolle entgegenwirken, wie dies im beiliegenden Bericht ausgeführt ist. Das Programm SCIENCE stösst auf besonderes forschungspolitisches Interesse, weil es das einzige allgemeine, grundlagennahe Forschungsförderungsprogramm der EG ist, aus welchem auch spezifische Anwendungsprogramme hervorgehen können. Anzustreben ist eine Vollbeteiligung sowohl im Hinblick auf die Gleichberechtigung innerhalb des Programms als auch als Ansatzpunkt für eine Einflussnahme in resultierenden Anwendungsprogrammen. Gleichberechtigung bedeutet, dass Forscher aus der Schweiz wie ihre Kollegen aus EG-Staaten Gesuche im Rahmen von SCIENCE einreichen bzw. daran sich beteiligen können und dass die Schweiz wie die EG-Staaten in den Fachgremien, welche dieses Programm vorbereiten und begleiten, Einsitz nehmen kann.

Eine Konsultation der potentiellen schweizerischen Teilnehmerkreise ist auf positives Echo und grosses Interesse gestossen. Auch der Schweizerische Wissenschaftsrat befürwortet diese Beteiligung. Allerdings wurde der Vorbehalt angemeldet, dass durch eine Teilnahme an SCIENCE die Zusammenarbeit mit anderen Staaten oder im Rahmen internationaler wissenschaftlicher Organisationen nicht beeinträchtigt werden dürfe.

## 3. Das Zusammenarbeitsabkommen Schweiz - EWG für das Programm SCIENCE

Mit der EGK konnte der Entwurf eines Kooperationsabkommens für eine integrale Beteiligung am EG-Programm SCIENCE ab dem 1. Juli 1989 ausgehandelt werden (siehe Beilage). Es sieht u.a. die gleichberechtigte Teilnahme von Forschern aus der Schweiz, die Einsitznahme eines schweizerischen Wissenschaftlers in CODEST und Zahlungen von jährlich rund 2,3 Mio. Fr. an die EGK vor. Der Beitrag ist aufgrund des Verhältnisses der Bruttoinlandprodukte berechnet und für die ganze Dauer des Programms verbindlich festgelegt. Das Abkommen ist kündbar, z.B. wenn die Teilnahme am Nachfolgeprogramm unsere finanziellen Möglichkeiten übersteigen würde. Das Abkommen und seine Artikel sind im beiliegenden Bericht näher diskutiert.

## 4. Bewertung des Abkommensentwurfs

Durch dieses Abkommen werden unsere Hauptziele erreicht und Interessen gewahrt. Da die EGK für ihre Kooperationsabkommen mit Drittstaaten Standardformulierungen anstrebt, ist sie nur beschränkt bereit, auf abweichende Wünsche seitens der Schweiz einzugehen. Trotzdem folgte sie uns in verschiedenen Punkten. Unsere Rechte und

Pflichten erscheinen als ausgewogen. Es handelt sich um die erste Vollbeteiligung der Schweiz an einem EG-Forschungsprogramm seit 1978 (Zusammenarbeitsabkommen für das Fusionsforschungsprogramm).

#### 5. Legislaturplanung

Die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Forschung und der Mobilität sind Ziele der Legislaturplanung (88.001, Seiten 51 und 57).

#### 6. Rechtsgrundlage

Gestützt auf Artikel 16, Absatz 3, Buchstabe a, des Forschungsgesetzes vom 7. Oktober 1983 ist der Bundesrat befugt, das Abkommen in eigener Kompetenz abzuschliessen und es auch provisorisch in Kraft zu setzen.

Das Programm SCIENCE ist in der Botschaft (87.014) über die Finanzierung der technologischen Zusammenarbeit in Europa 1988-1991 erwähnt und die Finanzierung der Beteiligung durch jenen Bundesbeschluss vom 16.12.1987 (BB1 1988 I 83) gesichert.

#### 7. Finanzielles

Das Abkommen löst Zahlungen in der Gesamthöhe von 4'600'200 ECU (rund 7,96 Mio. Fr.), verteilt auf die Jahre 1989-1992, aus. Diese sind aus dem Kredit für die technologische Zusammenarbeit in Europa, Tranche des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft, zu decken.

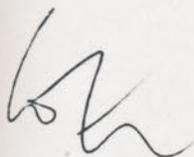
#### 8. Ergebnis der Aemterkonsultation

Der Antrag wurde vom Integrationsbüro und dem Bundesamt für Bildung und Wissenschaft gemeinsam ausgearbeitet. Die Direktion für internationale Organisationen, die Direktion für Völkerrecht, der Schweiz. Schulrat, das Bundesamt für Justiz, das Bundesamt für Ausländerfragen, die Eidg. Finanzverwaltung, das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, das Bundesamt für Konjunkturfragen und die Bundeskanzlei sind damit einverstanden.

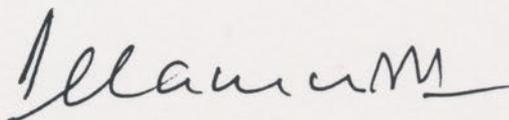
Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Flavio Cotti



Jean-Pascal Delamuraz

Beilagen:

- Entwurf des Beschlussesdispositivs
- Entwurf des Zusammenarbeitsabkommens Schweiz - EWG für den Programmplan SCIENCE
- Bericht vom 22. Mai 1989 über die Beteiligung der Schweiz am EG-Programm SCIENCE

Zum Mitbericht an:

- EDA
- EJPD
- EFD

beschlossen:

Protokollauszug an:

- EDA 5 Expl. (zur Kenntnis)
- EDI 11 Expl. (GS 5, ID 1, BBW 4 zum Vollzug, SRETH 1)
- EJPD 5 Expl. zur Kenntnis
- EFD 5 Expl. zur Kenntnis
- EVD 9 Expl. (GS 2, IB 5 zum Vollzug, BIGA 1, BFK 1)
- BK 5 Expl. (zum Vollzug)

Das entsprechende Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EWG wird genehmigt. Der Chef der schweizerischen Mission bei der EG in Brüssel, oder in seiner Abwesenheit sein Stellvertreter, wird ermächtigt, das Abkommen zu unterzeichnen und der EG den Vollzug der erforderlichen Verfahren für das Inkrafttreten des Abkommens zu notifizieren.

Die Bundeskanzlei stellt die notwendige Vollmacht aus.

Die in Art. 2 des Zusammenarbeitsabkommens festgelegten finanziellen Beiträge werden der Rubrik 320.493.06 belastet.

Das Abkommen wird in der eidgenössischen Gesetzessammlung publiziert.

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer:

BERATUNGSBÜRO EDA/EVD  
WICHTIG FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT

Beteiligung der Schweiz am EG-Programmplan für die Stimulierung der internationalen Zusammenarbeit und des für die europäischen Forscher notwendigen Austausches (SCIENCE)

---

Aufgrund des Antrags des EDI und des EVD vom 6. Juni 1989

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Der Bundesrat nimmt vom Bericht des Integrationsbüros EDA/EVD und des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft vom 22. Mai 1989 über die Beteiligung der Schweiz am EG-Programmplan für die Stimulierung der internationalen Zusammenarbeit und des für die europäischen Forscher notwendigen Austausches (SCIENCE) zustimmend Kenntnis.
2. Die Schweiz beteiligt sich am Forschungsförderungsprogramm "Programmplan zur Stimulierung der internationalen Zusammenarbeit und des erforderlichen Austausches für europäische Forscher (SCIENCE)" der EG.
3. Das entsprechende Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EWG wird genehmigt. Der Chef der schweizerischen Mission bei der EG in Brüssel, oder in seiner Abwesenheit sein Stellvertreter, wird ermächtigt, das Abkommen zu unterzeichnen und der EG den Vollzug der erforderlichen Verfahren für das Inkrafttreten des Abkommens zu notifizieren.
4. Die Bundeskanzlei stellt die notwendige Vollmacht aus.
5. Die in Art. 2 des Zusammenarbeitsabkommens festgelegten finanziellen Beiträge werden der Rubrik 320.493.06 belastet.
6. Das Abkommen wird in der eidgenössischen Gesetzessammlung publiziert.

Für getreuen Auszug,  
der Protokollführer:

Bern, den 22. Mai 1989

Bericht über die Beteiligung der Schweiz am EG-Programmplan für die Stimulierung der internationalen Zusammenarbeit und des für die europäischen Forscher notwendigen Austauschs (SCIENCE)

### 1. Der Stimulierungsplan der EG (SCIENCE)

Bereits im März 1985 genehmigte der EG-Ministerrat einen ersten Stimulierungsplan für die Zeitperiode 1985-1988. Einen zweiten Stimulierungsplan für einen Zeitraum von 5 Jahren, beginnend am 1. Januar 1988, hat der Ministerrat im Juli 1988 verabschiedet. Er unterscheidet sich vom ersten Plan insbesondere durch einen deutlich höheren Einsatz finanzieller Mittel, die sich neu auf insgesamt 167 Mio. ECU, verteilt auf 5 Jahre, belaufen.

Ausgehend von der Feststellung, dass viele europäische Forscher häufiger mit Kollegen in den USA als in Europa zusammenarbeiten, verfolgt der Stimulierungsplan das Ziel, die innereuropäische wissenschaftliche Zusammenarbeit zu fördern, die Mobilität der Forscher zu erhöhen und deren Abwanderung entgegenzuwirken.

Dafür stehen im wesentlichen folgende Instrumente zur Verfügung:

- Beiträge für den Auslandsaufenthalt von Forschern, u.a. um sich kennenzulernen und eine Zusammenarbeit vorzubereiten
- Beiträge für die Partnerschaft zwischen Laboratorien, z.B. für eine relativ lose Zusammenarbeit, etwa die Abstimmung von Experimenten
- Unterstützung eines gemeinsamen Projektes von mehreren Laboratorien mit festem Forschungs-, Zeit- und Finanzplan (Forschungsvertrag).

Das Programm ist reaktiv, das heisst, es wird nicht ein Forschungsthema ausgeschrieben, sondern einem Laboratorium steht es frei, irgend ein Gesuch einzureichen - mit folgenden Einschränkungen:

- das Vorhaben muss grenzüberschreitend sein und
- auf dem Gebiet der Natur-, Bio-, Ingenieur- und exakten Wissenschaften, aber
- nicht im Bereich bestehender sektorieller EG-Programme liegen.

Primäres Kriterium für die Kreditzusprache ist die Qualität des Projektes.

Über die Auswahl der Projekte entscheidet die EG-Kommission (EGK). Diese wird von CODEST, einem wissenschaftlichen Beirat, vergleichbar dem wissenschaftlichen JET-Beirat, beraten. Die Gesuche werden von der EGK formell geprüft, von externen Experten beurteilt und anschliessend CODEST unterbreitet. In der Praxis gewährt die EGK einen Beitrag nur, wenn CODEST positiv Stellung genommen hat.

Die 24 Mitglieder von CODEST werden von der EGK ad personam und für vier Jahre bezeichnet, wobei neben den geographischen (1-4 Wissenschaftler pro Land) auch die wissenschaftliche Gebiete breit vertreten sein sollen. Schon heute hat die EGK einen Schweizer als Beobachter des CODEST berufen (zur Zeit den Präsidenten des Schweizerischen Schulrates).

Art. 5 des Ratsbeschlusses ermächtigt die EGK, mit COST-Ländern und mit solchen europäischen Ländern, die mit der Gemeinschaft Rahmenabkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit abgeschlossen haben, Abkommen auszuhandeln, um sie ganz oder teilweise an dem Programmplan zu beteiligen.

## 2. Ziele und Interesse einer Beteiligung der Schweiz

### 2.1. Tendenzen in der europäischen Wissenschaftskooperation

Die drei wesentlichen traditionellen Strukturen der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit in Europa sind

- a) Zwischenstaatliche Organisationen mit zentralen Mitteln (CERN, ESA, ESO, etc.)
- b) Netze von dezentral finanzierten Projekten mit verschiedenen Arten von Partnern wie Staaten (COST), Forschungsförderungsorganisationen (European Science Foundation: ESF) oder Forschungsinstituten/Firmen (EUREKA) und
- c) die freie Zusammenarbeit zwischen Forschern und Laboratorien.

Die EG baut ihre forschungspolitische Position aus, was sich in den drei Bereichen unterschiedlich auswirkt.

- a) Der Einfluss der EG bei den bestehenden internationalen Organisationen ist bisher relativ klein, wollen doch auch die EG-Staaten autonom und nicht indirekt via Brüssel in diesen Organisationen vertreten sein. Die EGK sucht hier die Zusammenarbeit und tastet ihren Handlungsspielraum ab.
- b) Im Bereich der Kooperationsnetze dezentral durchgeführter Projekte nimmt die EGK einen wichtigen Platz ein, wählt Sie doch für die meisten ihrer Programme diese Form der Zusammenarbeit. Eine Stärke der EGK, verglichen beispielsweise mit der ESF, sind dabei ihre zentral verfügbaren Mittel. Verschiedentlich stellt die EGK einer EG-externen Initiative ein solches EG-Programm zur Seite beziehungsweise gegenüber. So hat die Nähe von EG- und COST-Programmen Vor- und Nachteile. Durch COST können Teile von EG-Programmen auch für die COST-Partner ausserhalb der EG zugänglich gemacht werden. Nicht selten kommt es indessen vor, dass Aktivitäten aus COST-Aktionen von EG-Programmen übernommen und ohne unsere Mitsprache weiterverfolgt werden. Mit der Stärkung der EG-Programme wächst für die an COST teilnehmenden Nicht-EG-Länder die Gefahr einer Rolle als Zulieferant.
- c) Die direkte Zusammenarbeit zwischen Forschern und Laboratorien wurde bisher nicht von politischen Gesichtspunkten, sondern von den wissenschaftlichen und persönlichen Präferenzen der Teilnehmer dominiert. Mit dem Einsetzen einer Förderung von Austausch und Zusammenarbeit durch die EGK treten nun aber auch politische und neue finanzielle Überlegungen hinzu, mit anderen Worten verlagert sich der Austausch vorzugsweise in jenem Raum,

innerhalb dem Unterstützungsbeiträge der EG dafür erhältlich sind. Während der Austausch innerhalb des EG-Raumes gefördert wird, droht Gefahr, dass der Austausch und die Zusammenarbeit über die Grenzen des EG-Raumes abnehmen und potentielle "Ausenseiter" wie die Schweiz tendenziell stärker isoliert werden.

## 2.2. Die Interessen der Schweiz

Die Schweiz muss den oben skizzierten Gefahren einer Marginalisierung, Isolierung und Zulieferantenrolle entgegenwirken, sei es durch eine möglichst gleichberechtigte Teilnahme an den EG-Programmen oder dadurch, dass für eine Zusammenarbeit die Form einer internationalen wissenschaftlichen Organisation gewählt wird. Für den Bereich der allgemeinen grenzüberschreitenden Forschungsförderung mit zentraler Kasse und Struktur bedeutet dies entweder die Teilnahme der Schweiz am Stimulierungsplan der EG oder aber die Gründung einer Art von europäischen "Nationalfonds". Letzteres ist eine zwar denkbare Initiative, deren Chancen indessen nicht optimistisch zu beurteilen sind. Realistischerweise steht die Beteiligung der Schweiz am Stimulierungsplan der EG im Vordergrund.

Eine solche Beteiligung darf nicht isoliert betrachtet werden, bestehen doch Beziehungen zwischen dem EG-Stimulierungsplan und anderen EG-Programmen für Austausch und Zusammenarbeit, besonders zum Dozentenaustausch (Forscheraustausch) in ERASMUS oder zum Austausch Wirtschaft-Hochschule in COMETT. Zwar schafft die schweizerische Beteiligung am Stimulierungsplan keinen Präzedenzfall für die Teilnahme an den erwähnten Programmen, doch können Abgrenzungs- und Zuständigkeitsprobleme zwischen solchen verwandten und komplementären Programmen vermieden werden, wenn wir uns an mehreren beteiligen, und umso positiver fällt auch die Wirkung zur Schaffung eines europäischen wissenschaftlichen Raumes aus.

## 2.3. Die Stellungnahme der potentiellen Benutzer in der Schweiz

Das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft hat 1987 die potentiellen schweizerischen Teilnehmerkreise am EG-Stimulierungsplan umfassend konsultiert. Deren Interesse an einer Beteiligung ist vorwiegend positiv bis sehr gross. Einziger Vorbehalt: Die Freiheit zur Zusammenarbeit mit Ländern ausserhalb Europas (im besonderen USA und Japan) solle nicht beeinträchtigt werden, und Doppelspurigkeiten zu internationalen Organisationen, namentlich der ESF, seien zu vermeiden.

### 3. Abkommen über eine schweizerische Beteiligung

Auf Grund eines Beschlusses des Interdepartementalen Ausschusses EUREKA/EG-Technologieprogramme dem, unter Leitung des Direktors des Bundesamts für Aussenwirtschaft, die Direktoren des Bundesamts für Bildung und Wissenschaft und des Bundesamts für Konjunkturfragen angehören, teilte die Schweiz der EGK ihr Interesse an einer vollen Beteiligung am EG-Stimulierungsplan mit. Nach gewissen Vorgesprächen und nachdem die EGK, auf ihre eigene Initiative hin, der Schweiz bereits den Vorentwurf eines Abkommens hatte zukommen lassen, legte sie im Sommer 1988 den Entwurf eines Abkommens über eine volle schweizerische Beteiligung vor. Offene Fragen und Aenderungswünsche der Schweiz, namentlich bezüglich finanzielle Modalitäten und Mitsprachemöglichkeiten, wurden im Gespräch zwischen der EGK einerseits, einer schweizerischen Delegation unter Leitung des Integrationsbureaus, an welcher das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft und die Schweizerische Mission in Brüssel beteiligt waren, andererseits, besprochen. Weitere Aenderungswünsche, die in unserer verwaltungsinternen Konsultation vorgelegt wurden, sind im schriftlichen Verfahren mit der EGK bereinigt und von jener weitgehend übernommen worden.

Die wichtigsten Bestimmungen betreffen:

#### Art. 2 - finanzielle Bestimmungen

Vorgesehen ist eine integrale Beteiligung der Schweiz auf Grund des Bruttoinlandprodukt-Verhältnisses. Massgebliche Grösse für die Berechnung des schweizerischen Beitrags ist der jeweilige Betrag, den die EG in ihrem Budget für den Stimulierungsplan vorsieht. Dieser Betrag ist für die ganze Zeitdauer des Programms bekannt. Der schweizerische Beitrag - auf der Basis der statistischen OECD-Daten von 1986 berechnet - findet sich in Anhang B. Es handelt sich um 4'600'200 ECU (rund 7,96 Mio. sFr.) verteilt auf 4 Jahre. Faktisch handelt es sich bei dieser Summe um einen Maximalbetrag, der ohne Revision des EG-Programms nicht geändert werden kann. In einem solchen Fall wäre die Schweiz frei, vom Programm zurückzutreten (vgl. Bestimmungen Art. 9).

Artikel 3, Absatz 2 - Verbreitung von Kenntnissen

Hatte die EGK im Vorentwurf eines Abkommens noch auf die Bestimmungen eines EG-internen Reglements von 1974 verwiesen, so wurde dieses in der Zwischenzeit ausser Kraft gesetzt. Sie sieht sich infolgedessen ausserstande, entsprechende Bestimmungen auf Abkommensstufe aufzunehmen. Die jetzt vorgesehene Regelung, wonach die Verbreitung von Kenntnissen Gegenstand der einzelnen Verträge ist, welche die EGK mit den am Stimulierungsplan beteiligten Forschungspartnern abschliesst, entspricht ihrer neu etablierten Praxis und gilt auch für die EG-Technologieprogramme wie ESPRIT und RACE.

Artikel 4 - Mitsprache

Besonderheit des Stimulierungsplanes ist es, dass er nicht wie andere EG-Programme über einen aus nationalen Delegierten beschickten Lenkungsausschuss verfügt. Was die wissenschaftliche Beratung betrifft, so kommt indessen dem Ausschuss CODEST (vgl. oben) eine entscheidende Rolle zu. Auf den ersten Blick mag die von der EGK vorgeschlagene Bestimmung befremdlich erscheinen, dass sie es ist, welche auf Vorschlag der schweizerischen Behörden die schweizerische Vertretung im CODEST ernennt. Dazu ist festzustellen, dass sämtliche Mitglieder des CODEST von der Kommission ad personam ernannt werden, also auch Vertreter der EG-Mitgliedstaaten. Die EGK zeigt sich in diesem Punkt nicht bereit, für die Schweiz eine Ausnahme zu machen und sie besser als ihre Mitgliedstaaten zu stellen. Schweizerischerseits geht es nicht darum, CODEST von einem wissenschaftlichen in ein politisches Gremium umzuwandeln. Indessen haben wir der EGK klar gemacht, dass die Schweiz gewillt ist, diese Bestimmung restriktiv auszulegen und auf ihrer Vorschlagsliste höchstens zwei Namen aufzuführen. Für die Vorschläge konsultiert das BBW auch den Schweizerischen Nationalfonds.

Nicht abgedeckt durch CODEST ist die Mitsprache auf der administrativen Lenkungsebene. Die Schaffung eines zusätzlichen Gremiums hierzu (beispielsweise in Form eines besonderen Gemischten Ausschusses Schweiz-EG) wird von der EGK abgelehnt. Dagegen befürwortet sie die Behandlung sämtlicher hängiger Fragen, welche die schweizerische Beteiligung am EG-Stimulierungsplan betreffen, im Rahmen des bereits bestehenden Gemischten Ausschusses Forschung Schweiz-EG, der mit dem Rahmenabkommen Schweiz-EG über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit geschaffen wurde.

Das Problem der Mitsprache in der Festsetzung des Jahresbudget wird dadurch behoben, dass die Höhe unserer finanziellen Verpflichtungen durch den Vertrag für dessen ganze Dauer vereinbart wird.

#### Artikel 8 - Geltungsbereich

Nicht erwähnt ist die Möglichkeit, das Abkommen auf weitere Nicht-EG-Staaten in Europa auszudehnen. Der Beitritt weiterer Staaten zum Stimulierungsplan der EG wird sich wohl am zweckmässigsten über besondere Briefwechsel lösen lassen.

#### Artikel 9 - Revisionsklausel, Kündigung

Nach jeder Revision des Programms innerhalb der Laufzeit des Abkommens erhält die Schweiz drei Monate Zeit zur Erklärung, ob sie jenes ändern oder beenden will. Bei der Erneuerung des Programms verlängert sich das Abkommen für die Dauer des neuen Programms, sofern nicht innerhalb von sechs Monaten die Beendigung erklärt wird. Verfahrensmässig ist damit eine bedeutende Rationalisierung verbunden, geht mit der Neuaushandlung eines Abkommens doch erfahrungsgemäss eine Frist von mindestens 2 Jahren einher. In allen übrigen Fällen beträgt die Kündigungsdauer für das Abkommen 6 Monate.

#### Artikel 11 - Inkrafttreten auf 1. Juli 1989

Der von der EGK vorgeschlagene Text läuft de facto auf eine provisorische Inkraftsetzung für beide Partner auf 1. Juli 1989 hinaus. Provisorisch deshalb, weil die Genehmigungsprozeduren gemäss Einheitlicher Europäischer Akte zwischen Rat und Parlament noch gegen ein Jahr Zeit beanspruchen dürften. Die vorgeschlagene Formulierung ermöglicht es jedoch, interessierte schweizerische Forscherkreise bereits ab Juli 1989 am Stimulierungsplan zu beteiligen. Verzögerungen durch die langwierigen Rats- und Parlamentsprozeduren können so vermieden werden.

#### Schiedsgerichtsklausel

Wie bei ähnlichen Abkommen neueren Datums zeigt sich die EGK nicht bereit, eine Schiedsgerichtsklausel in das Abkommen aufzunehmen.

#### 4. Beurteilung

Dieses Abkommen begründet eine gemeinsame Tätigkeit, nämlich die Teilnahme der Schweiz am Forschungsförderungsprogramm SCIENCE der EG. Unser Hauptziel besteht darin, möglichst gleichberechtigt in den Kreis der übrigen Teilnehmerstaaten, d.h. der EG-Mitgliedstaaten, aufgenommen zu werden und innerhalb des Programms den gleichen Rechten und Pflichten zu unterstehen. Diese Gleichberechtigung soll insbesondere auch hinsichtlich unserer Mitsprache in den multilateralen Fachgremien gelten, welche das Programm vorbereiten und begleiten. Sie beschränkt sich allerdings auf die Stufe der EGK, weil die Schweiz auf der Stufe des EG-Ministerrates keine Mitsprache besitzt. Hier verfügen wir jedoch im Gemischten Ausschuss Forschung Schweiz-EG über einen bilateralen Mechanismus.

Das Abkommen ermöglicht es den Forschern in der Schweiz, gleichberechtigt wie Kollegen in der EG Forschungsgesuche einzureichen. Nur die teilnehmenden Wissenschaftler und Institute sind den Regeln des Programms unterworfen. Das Abkommen verpflichtet aber niemanden zur Teilnahme und ist nicht in diesem Sinne allgemein verbindlich. Es unterscheidet sich damit erheblich von jener Art von Abkommen zwischen der Schweiz und der EG, in welchem es um die Harmonisierung von Gesetzen mit Auswirkungen auf die nationale Gesetzgebung in der Schweiz sowie allgemeinen Rechtsansprüchen für iuristische oder natürliche Personen der EG geht. Beispielsweise wird im Versicherungsabkommen Schweiz-EG das Versicherungsaufsichtsrecht hinreichend harmonisiert, woraus u.a. ein gegenseitiger Rechtsanspruch auf Niederlassungsfreiheit für Agenturen und Zweigniederlassungen im Raum des anderen Vertragspartners resultiert. Schliesslich ist das Zusammenarbeitsabkommen SCIENCE kurzfristig kündbar.

final DRAFT

20.5.1989

COOPERATION AGREEMENT

BETWEEN

THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY

AND

THE SWISS CONFEDERATION

ON

**COOPERATION AGREEMENT**

**A PROGRAMME PLAN TO STIMULATE**

**THE INTERNATIONAL COOPERATION AND INTERCHANGE NEEDED BY**

**EUROPEAN RESEARCH SCIENTISTS (SCIENCE)**

**THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY**

**AND**

**THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY, hereinafter called "the Community",**

**THE SWISS CONFEDERATION**

**ON**

**THE SWISS CONFEDERATION, hereinafter called "Switzerland",**

**A PROGRAMME PLAN TO STIMULATE**

**hereinafter called the "Contracting Parties",**

**THE INTERNATIONAL COOPERATION AND INTERCHANGE NEEDED BY**

WHEREAS, by its Decision of 29 June 1988, the Council of the European Communities, hereinafter called "the Council", adopted a programme plan to stimulate the international cooperation and interchange needed by European research scientists, (1988 to 1992 - (SCIENCE), hereinafter called "the Stimulation Plan");

**EUROPEAN RESEARCH SCIENTISTS (SCIENCE)**

WHEREAS the Contracting Parties concluded a framework agreement for scientific and technical cooperation which entered into force on 17 July 1987;

WHEREAS the association of Switzerland with the Stimulation Plan can help to improve the efficacy of Europe's scientific and technical potential;

WHEREAS the Contracting Parties expect to obtain mutual benefit from Switzerland's association with the Stimulation Plan;

THEY AGREE AS FOLLOWS :

**COOPERATION AGREEMENT**

**BETWEEN**

**THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY**

**AND**

**THE SWISS CONFEDERATION**

**ON**

**A PROGRAMME PLAN TO STIMULATE**

**THE INTERNATIONAL COOPERATION AND INTERCHANGE NEEDED BY**

**EUROPEAN RESEARCH SCIENTISTS (SCIENCE)**

THE EUROPEAN ECONOMIC COMMUNITY, hereinafter called "the Community",

and

THE SWISS CONFEDERATION, hereinafter called "Switzerland",

both hereinafter called the "Contracting Parties",

WHEREAS, by its Decision of 29 June 1988, the Council of the European Communities, hereinafter called "the Council", adopted a programme plan to stimulate the international cooperation and interchange needed by European research scientists, - 1988 to 1992 - (SCIENCE), hereinafter called "the Stimulation Plan";

WHEREAS the Contracting Parties concluded a framework agreement for scientific and technical cooperation which entered into force on 17 July 1987;

WHEREAS the association of Switzerland with the Stimulation Plan can help to improve the efficacy of Europe's scientific and technical potential;

WHEREAS the Contracting Parties expect to obtain mutual benefit from Switzerland's association with the Stimulation Plan;

HAVE AGREED AS FOLLOWS :

Article 1

Switzerland is hereby associated with the implementation of the Stimulation Plan. The summary of the Stimulation Plan and its objectives are set out in Annex A.

Switzerland shall take part in a range of measures to promote training and improve the mobility of research scientists of the Contracting Parties, to develop, support and promote intra-European scientific and technical cooperation and interchange networks in all fields relevant to exact and natural sciences.

Article 2

The financial contribution of Switzerland, deriving from its association with the implementation of the Stimulation Plan shall be established in proportion to the amount available each year in the general budget of the European Communities for appropriations covering commitments to meet financial obligations of the Commission of the European Communities, hereinafter referred to as "the Commission", resulting from work to be carried out in the framework of research contracts necessary to the implementation of the Stimulation Plan and from management and administrative operating expenditure for the Stimulation Plan.

The proportionality factor governing Switzerland's contribution shall be given by the ratio between Switzerland's gross domestic product (GDP), at market prices, and the sum of gross domestic products, at market prices, of the Member States of the Community and of Switzerland. This ratio shall be calculated on the basis of the latest available OECD statistical data.

The funds estimated as necessary for the execution of the Stimulation Plan, the amount of Switzerland's contribution and the timetable of the commitment estimates are set out in Annex B.

The rules governing Switzerland's financial contribution to the execution of the Stimulation Plan are set out in Annex C.

Article 3

For Swiss research and development bodies and persons, the terms and conditions for the submission and evaluation of proposals and the terms and conditions for the granting and conclusion of contracts under the Stimulation Plan shall be the same as those applicable to research and development bodies and persons in the Community.

The contracts, drawn up by the Commission, shall show the rights and obligations of Swiss research and development bodies and persons, and in particular the methods of disseminating, protecting and exploiting the research results.

Article 4

In the implementation of the Stimulation Plan, the Commission shall be assisted by the Committee for the European Development of Science and Technology (CODEST), set up by Commission Decision 82/835 (1), and by consultants.

From a list submitted to it by the Swiss authorities, the Commission shall appoint a Swiss delegate to CODEST. He shall participate in the definition of outline plans for the stimulation of the international cooperation and interchange needed by European research scientists and in the examination of applications submitted under the Stimulation Plan.

Article 5

After 30 months from the beginning of the implementation of the Stimulation Plan, the Commission shall address a report to the Council and to the European Parliament on the basis of an evaluation of the results so far achieved. This report shall be accompanied by suggestions for changes which may be necessary in the light of these results. A copy of the report shall be transmitted to Switzerland which, in addition, shall be informed of any possible suggestions for changes.

Article 6

Each Contracting Party undertakes, in accordance with its respective rules and regulations, to facilitate the movement and residence of research workers participating in Switzerland and in the Community in the activities covered by this agreement.

Article 7

The Commission and the Swiss Federal Council shall ensure the implementation of this Agreement.

Article 8

This agreement shall apply, on the one hand, to the territories in which the Treaty establishing the European Economic Community is applied and under the conditions laid down in that Treaty and, on the other hand, to the territory of the Swiss Confederation.

Article 9

1. This agreement is concluded for the duration of the Stimulation Plan.

Should the Community revise the Stimulation Plan, the agreement may be renegotiated or terminated. Switzerland shall be notified of the exact

content of the revised plan within one week after its adoption by the Community. Any Contracting Party may give notice of denunciation of this agreement within three months after the Community decision has been adopted. Denunciation shall take effect three months from the date of receipt of the notification.

2. This agreement shall be renewed by tacit agreement when the Community adopts a new Stimulation Plan, for the duration of the new plan, unless it is terminated by one Contracting Party by written notification to the other Contracting Party within six months following the adoption of the new plan. The provisions of the second subparagraph of paragraph 1 above remain applicable.
3. Whenever a decision on a Stimulation Plan is taken by the Community, Annexes A and B shall be amended in accordance with the Community's decision, unless otherwise agreed upon by the Contracting Parties.
4. This agreement shall not be regarded as having expired merely because there is a delay in the adoption of a future Stimulation Plan.
5. Excepted as provided in paragraphs 1 and 2 of this article, either Contracting Party may at any time terminate the agreement with 6 months' notice. The projects and work in progress at the time of termination and/or expiry of this agreement shall be continued until they are completed under the conditions laid down in the contracts referred to in Article 3 of this agreement.

#### Article 10

The Annexes A, B and C to this Agreement shall be an integral part thereof.

#### Article 11

This agreement shall be approved by the Contracting Parties in accordance with their existing procedures. It shall enter into force on the date on which the Contracting Parties have notified each other of the completion of the procedures necessary for this purpose. The Contracting Parties shall apply this agreement (including Article 9) provisionally, with effect from 1st July 1989.

#### Article 12

This agreement shall be drawn up in duplicate in the Danish, Dutch, English, French, German, Greek, Italian, Portuguese and Spanish languages, each of these texts being equally authentic.

Done at .....

For the Council of the  
European Communities

For the Swiss Confederation

ANNEX A

**OBJECTIVES AND SUMMARY OF THE STIMULATION PLAN (1988 to 1992)**

1. The Stimulation Plan consists of a range of activities selected on the basis of their scientific and technical quality, which have as their aim the establishment of a network of scientific and technical cooperation and interchange at European level which will gradually be extended. The overall objective is to improve the efficacy of scientific and technological research in all the Member States and to contribute thereby to the reduction of scientific and technical disparities between the different Member States of the European Community. It covers all fields of science and technology (the exact and natural sciences).

Whilst the Stimulation Plan therefore aims to improve the overall scientific and technical quality of research and development in all Member States of the Community, its specific objectives are to:

- promote training through research and, by means of cooperation, the better use of high level researchers in the Community,
- improve the mobility of research scientists of the Member States of the Community,
- develop and support intra-European scientific and technical cooperation on high quality projects,
- promote the setting-up of intra-European cooperation and interchange networks with a view to reinforcing the overall scientific and technical competitiveness of the Community and thereby strengthening its economic and social cohesion.

2. The objectives set out above will be achieved by means of support measures for research scientists, teams of research and development organisations to ensure the harmonious scientific and technical development of the Community. These will take the following forms:

- Research bursaries

Financial support granted to scientists to enable them to acquire additional training by participating in a research project in a laboratory in a Community country other than their own for a period of at least one year and at most two years.

- Research grants

These cover the cost to the laboratories concerned of the transfer or secondment of a research scientist from one Community country to another, either to allow a scientist to be taken on in a team in a country other than his own or to enable a science graduate to specialise before joining a university or industrial research laboratory.

Depending on the type of scientist and the purpose of the research allocation, it may take different forms:

- funding to enable a research scientist to make short stays (from 15 days to 2 months) in a foreign country within the Community to carry out specific experiments in a particular scientific or technical facility not available in his own country;
- funding to cover the costs associated with mobility (travel, subsistence, insurance, removal, etc.), the research work and possibly the salary of a scientist seconded to or incorporated in a research team in a country (in the Community) other than his own, for a period of at least six months and at most three years;
- funding to cover the costs associated with the mobility and research work of a scientist taken on in industry, who goes to follow a lengthy training course (from one to three years) in a public sector laboratory in a foreign country (within the Community);
- subsidies for high-level training courses: financial support granted to a body offering a specialised high-level course held within a Member State so that it can accept scientists from different Community Member States to give them additional training or enable them to retrain for other functions.

- Twinning of laboratories in different countries

This enables researchers who are working in isolation in an advanced field in several Community countries to bring their efforts together, without coming into one laboratory, and thus encouraging the formation of a research team exceeding the necessary "critical size". Funding is granted to allow the researchers to meet, to carry out joint experiments, to exchange results, to add to their equipment or to strengthen their teams by temporarily taking on other scientists, preferably from a different country.

- Development of multidisciplinary, multinational operations

This would, by virtue of the financial resources made available, enable the associated research teams to have enough resources (including equipment) and be able to bring together the best expertise available in different countries and disciplines, in order to achieve a pre-determined objective or to undertake jointly a pre-determined scientific task in the framework of a S/T cooperation "network".

In addition, the Plan will be complemented by sectoral incentive measures: research bursaries, research grants and subsidies financed in the framework of each of the Community research and development programmes following the agreement of the appropriate Management and Coordination Committee (CGC).

3. Measures to stimulate interchange and cooperation apply to all fields relevant to the exact and natural sciences, such as:

- mathematics
- physics
- chemistry
- life sciences
- earth sciences and ocean sciences
- scientific instrumentation
- engineering sciences.

FINANCIAL PROVISIONS

4. In the fields in which support will be granted, multinational projects to benefit from the Community support measures will be chosen essentially on the basis of their quality, the extent to which they are multidisciplinary in content, their innovative aspects and their value in terms of breaking down barriers between different forms of research and development in all parts of the Community. Where scientific and technical quality is comparable, particular attention will be given to projects likely to reduce scientific and technical development disparities between Member States and thereby to contribute to economic and social cohesion within the European Community.

5. The choice of stimulation incentive measures and the teams concerned will be made by the Commission which, with the help of the Committee for the European Development of Science and Technology (CODEST), will make use of a peer review system. The Commission will see to it that there is consistency between the stimulation activity and programmed Community R & D activities.

6. The Commission will at the same time undertake a series of consultations, surveys and seminars with the cooperation of Community scientific and technical circles in order to analyse and evaluate scientific and technical needs and opportunities, with the aim of providing more detail to the content of the Stimulation Plan.

The Commission will cooperate closely with the national authorities to ensure consistency between these activities and national policies on research stimulation.

7. In order to evaluate the scientific and/or technical quality of requests for support, as well as to analyse scientific and technical opportunities and needs or to assess projects which have been financed or the activity itself, the Commission may call upon expertise from outside its own staff.

ANNEX B

**FINANCIAL PROVISIONS**

Article 1

The funds estimated as necessary for the execution of the Stimulation Plan amount to 167,000,000 Ecu.

Article 2

Switzerland's financial contribution to the execution of the Stimulation Plan is estimated to be 4,600,200 Ecu.

Article 3

The timetable of the commitment estimates and of Switzerland's financial contribution is given in the following page.

YEAR	COMMITMENTS FOR			TOTAL	FINANCIAL PROVISIONS
	MANAGEMENT AND ADMINISTRATIVE OPERATION	CONTRACTS	MANAGEMENT AND ADMINISTRATIVE OPERATION		
1986	220,000	28,780,000	36,000	29,000,000	1,309,000
1989	1,930,000	28,070,000	79,200	30,000,000	1,309,000
1990	2,120,000	32,880,000	64,150	35,000,000	1,309,000
1991	2,250,000	32,750,000	89,010	35,000,000	1,309,000
1992	2,380,000	35,620,000	280,500	38,000,000	1,309,000
GRAND TOTAL	8,900,000	156,100,000		167,000,000	6,600,200

*Switzerland's contribution for the period 1st July to 31st December 1989*

**TIMETABLE OF THE COMMITMENTS ESTIMATED AS  
NECESSARY FOR THE EXECUTION OF THE STIMULATION  
PLAN (COMMITMENT APPROPRIATIONS)  
AND OF SWITZERLAND'S CONTRIBUTION (ECU)**

YEAR	COMMITMENTS FOR			SWITZERLAND'S CONTRIBUTION		
	MANAGEMENT AND ADMINISTRATIVE OPERATION	CONTRACTS	TOTAL	MANAGEMENT AND ADMINISTRATIVE OPERATION	CONTRACTS	TOTAL
1988	220,000	28,780,000	29,000,000	-	-	-
1989	1,930,000	28,070,000	30,000,000	36,091*	524,909*	561,000*
1990	2,120,000	32,880,000	35,000,000	79,288	1,229,712	1,309,000
1991	2,250,000	32,750,000	35,000,000	84,150	1,224,850	1,309,000
1992	2,380,000	35,620,000	38,000,000	89,012	1,332,188	1,421,200
GRAND TOTAL	8,900,000	158,100,000	167,000,000	288,541	4,311,659	4,600,200

\* contribution for the period 1st July to 31st December 1989

ANNEX C

**FINANCING RULES**

Article 1

► These provisions lay down the financing rules for Switzerland referred to in Article 2 of the agreement.

Article 2

At the beginning of each year, or whenever the Stimulation Plan is revised so as to involve an increase in the amount estimated as necessary for its implementation, the Commission shall send to Switzerland a call for funds corresponding to its contribution to the costs under the agreement.

This contribution shall be expressed both in Ecu and in the Swiss currency, the composition of the Ecu being defined in the Council Regulation 3180/78 (1). The value in Swiss currency of the contribution in Ecu shall be determined on the date of the call for funds.

Switzerland shall pay its contribution to the annual costs under the agreement at the beginning of each year and at the latest three months after the call for funds is sent. Any delay in the payment of the contribution shall give rise to the payment of interest by Switzerland at a rate equal to the highest discount rate in force in the Member States of the Community on the due date. The rate shall be increased by 0.25 of a percentage point for each month of delay.

The increased rate shall be applied to the entire period of delay. However, this interest shall be payable only if the contribution is paid more than three months after a call for funds has been made by the Commission.

Article 3

The funds paid by Switzerland shall be credited to the Stimulation Plan as budget receipts allocated to its appropriate heading in the statement of revenue of the general budget of the European Communities.

Article 4

The Financial Regulation in force applicable to the general budget of the European Communities shall apply to the management of the appropriations.

Article 5

The travel and subsistence costs of the Swiss delegate to CODEST deriving from his participation in the meetings of this committee, shall be reimbursed by the Commission in accordance with the procedures currently in force for the delegates of the Member States of the Community.

Article 6

At the end of each year, a statement of appropriations for the Stimulation Plan shall be prepared and transmitted to Switzerland for information.

(1) OJ N° L 379 of 30.12.1978, p.1